

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Michael Billen und Christine Schneider (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten

Nationalparkeröffnung Pfingstwochenende 2015

Die **Kleine Anfrage 2657** vom 25. September 2014 hat folgenden Wortlaut:

Die Landesregierung hat angekündigt, am Pfingstwochenende 2015 den Nationalpark Hunsrück-Hochwald zu eröffnen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Kosten entstehen für das Land durch das geplante Fest zur Eröffnung des Nationalparks am Pfingstwochenende 2015?
2. Aus welchem Haushaltstitel werden die Mittel hierfür bereitgestellt?
3. Welche Rolle haben die einzelnen Regierungsmitglieder im Programm des Festes zur Nationalparkeröffnung?
4. Welche weiteren Programmelemente sind vorgesehen?

Das **Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 14. Oktober 2014 wie folgt beantwortet:

Nach gegenwärtigem Stand der Planungen ist vorgesehen, die förmliche Eröffnung des Nationalparks am Pfingstwochenende 2015 durchzuführen. Bislang hat es zwei sondierende und vorbereitende Treffen gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen Ebene und der Bürgerschaft (Freundeskreis Nationalpark Hunsrück e. V.) gegeben.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage 2657 der Abgeordneten Michael Billen und Christine Schneider (CDU) namens der Landesregierung wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

Eine genaue Kostenplanung und -aufteilung lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht belastbar erstellen, zumal sehr viel ehrenamtliches und kommunales Engagement zu erwarten ist.

Zu Frage 3:

Ein detailliertes Programm zum Ablauf der Veranstaltung liegt noch nicht vor. Wie in der Antwort zu den Fragen 1 und 2 geschildert, haben die Arbeiten erst begonnen.

Zu Frage 4:

Neben der förmlichen Eröffnung ist geplant, im Rahmen einer zentralen Veranstaltung das Wochenende als Fest der Region zu gestalten. Die Bereitschaft der Region, sich hierbei aktiv einzubringen, ist groß. Entsprechende Vorschläge aus den Kommunen und der Bürgerschaft werden derzeit zusammengestellt.

Ulrike Höfken
Staatsministerin